

ihren Lehren vom rechten Weg abweichen“.

Was den Bischöfen offenbar Schwierigkeiten macht, dürfte vor allem der Umstand sein, daß manche von ihnen hinsichtlich ihrer spezifischen Aktivität den Führungsanspruch der Bischöfe – zumindest scheinbar – ablehnen. Diese Einstellung begründen sie mit dem Argument: die Kirche Ungarns erleide unter ihren Gläubigen mehr und mehr Einbußen. Der Grund für diese mißliche Situation liege nicht in der Wirkungslosigkeit des Evangeliums in der heutigen Zeit, sondern in der Tatsache, daß der heutige Seelsorgedienst nicht das biete, wessen die Laien heute bedürfen. Da von den – dem Namen nach – verantwortlichen kirchlichen Führern keine Änderung zu erwarten sei, müsse man dem Anliegen der Kirche aus *eigener* Initiative zum Besseren verhelfen.

Einen weiteren Stein des Anstoßes sehen die Bischöfe darin, daß man sich bei liturgischen Handlungen hie und da über die offiziellen Vorschriften hinwegsetze. (Die an die Öffentlichkeit gelangten Vorkommnisse würde

man in Westeuropa als hinnehmbar, zumindest aber als tolerierbare Ausnahme bewerten). Und schließlich darin, daß die kirchlichen Kleingruppen Aktivitäten auch über die Grenzen ihrer jeweiligen Diözesen hinaus entfaltet. (Die Friedenspriesterbewegung tut übrigens das gleiche, ohne daß jemand auch nur ein Wort dagegen sagen würde.) Die kirchlichen Kleingruppen haben es bisher leider nicht vermocht, die Bischöfe davon zu überzeugen, daß niemand unter ihnen die Absicht hat, sich im *dogmatischen* Sinne von der Hierarchie abzusetzen, daß sie trotz all ihrer Selbständigkeitsbestrebungen auch in den jetzigen Bischöfen die Autorität der Apostelnachfolger anerkennen.

Mehr und mehr ein Drama

Eine Klärung der Sachlage wird dadurch erschwert, daß die derzeitige innere Struktur der Kirche Ungarns noch wenig Raum für einen echten Dialog bietet, mit dessen Hilfe auch ein solches Problem gelöst werden könnte.

Ohne Dialog und unter dem ständig drohenden Damoklesschwert des „Ordnungsanspruchs“ seitens der Staatssicherheitsorgane wird die Situation mehr und mehr zu einem Drama. Die vorhin erwähnten liturgischen Unregelmäßigkeiten wurden zum Skandal der ungarischen Kirche hochgespielt, und schon warnte die Ungarische Bischofskonferenz die kirchlichen Kleingruppen, die die Führungsrolle der Bischöfe in ihrem Aktivitätsbereich in Frage stellen, in aller Form vor den Gefahren eines – auch theologisch verstandenen Spalter- bzw. Sektierertums. Wenn diesen Kleingruppen aber etwas fernliegt, dann der Versuch, innerhalb der Kirche einen Bruch herbeiführen zu wollen. Was sie allein wollen, ist die Erneuerung der Kirche Ungarns. Unter den gegebenen Umständen ist allerdings zu befürchten, daß der Druck, der auf sie ausgeübt wird, sie aus dem derzeit in Ungarn anerkannten Rahmen des kirchlichen Lebens herausdrängen wird und daß ihre Kräfte, ihr Elan, in fruchtlosen innerkirchlichen Auseinandersetzungen aufgerieben werden. E.A.T.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Kirche im Kreuzfeuer politischer Kritik

Zu den jüngsten kirchen-politischen Vorgängen in Österreich

Die Entscheidung der sozialistischen Parlamentsmehrheit in Österreich, an der Fristenlösung festzuhalten, und die Alternativvorschläge der von fast 900 000 Unterschriften unterstützten Initiative „Aktion Leben“ endgültig abzulehnen, hat den Konflikt zwischen Kirche und Sozialistischer Partei Österreichs (SPÖ) zu einem neuen Höhepunkt geführt. Bemerkenswert an dieser Parlamentsentscheidung war der Umstand, daß nicht nur die SPÖ, sondern auch die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) das Volksbegehren gegen die Fristenlösung ablehnte, obwohl sich die freiheitlichen Abgeordneten seinerzeit gegen die Einführung der Fristenlösung ausgesprochen hatten. Sogar alle jene Vorschläge, die auf eine Verbesserung besonders fragwürdiger Praktiken des österreichischen Fri-

stenlösungs-Modells abzielten, wurden kurzerhand vom Tisch gewischt: so die Trennung der Beratung vom abtreibenden Arzt, die Einführung einer Meldepflicht für Abtreibungen, um endlich statistisches Grundlagenmaterial zu erhalten, Durchführung einer Motivationsuntersuchung, etc.

Heftige öffentliche Kontroversen

Der Abstimmung im Nationalrat war eine heftige Kontroverse zwischen prominenten Mandataren der österreichischen Volkspartei (ÖVP) und Amtsträgern der Kirche vorausgegangen, die gewisse skurrile Begleitumstände

aufwies, insgesamt jedoch sehr grundsätzliche Fragen nach dem Verhältnis zwischen Kirche und politischen Parteien aufwarf. Den Auftakt zu dieser in der Öffentlichkeit außergewöhnlich hochgespielten Diskussion gab der neue Landeshauptmann von Salzburg, *Wilfried Haslauer*, der der Kirche in Österreich vorwarf, viel zu diplomatisch zu sein. Vor allem vermisse er ein entschiedenes Auftreten aller kirchlichen Instanzen und Einrichtungen gegen die Fristenlösung. Es erfülle ihn mit Sorge, daß die sicher notwendige Aussöhnung der Kirche mit dem Sozialismus anscheinend zur Preisgabe unverrückbarer Grundanliegen der Kirche führe. Die ÖVP habe ihre Haltung zur Strafrechtsform und zur Fristenlösung „entschiedener und entschlossener dargelegt als die Kirche“. Landeshauptmann Haslauer, der erst wenige Wochen im Amt ist und sich mit dieser Wortmeldung offensichtlich bei den zahlreichen Liberalen seines Landes profilieren wollte, wurde von fast allen Zeitungen in großen Schlagzeilen auf Seite 1 zitiert. Doch ist gerade seine Aussage, die Volkspartei habe viel entschlossener gegen die Fristenlösung gekämpft als die Kirche, objektiv unrichtig: relativ lange schwankte die ÖVP vor Einführung der Fristenlösung, in welcher Weise und Tonart sie auf diesen sozialistischen Vorstoß reagieren sollte.

Die Äußerungen Haslauers, der auch von der „Naivität kirchlicher Amtsträger“ sprach, ohne Namen zu nennen, waren aber lediglich die Overtüre. Den eigentlichen Paukenschlag der Auseinandersetzung bildete eine Pressekonferenz des ÖVP-Klubobmanns (Fraktionsvorsitzenden im Nationalrat), Prof. *Stephan Koren*, in deren Verlauf dieser erklärte, die Kirche sei an die ÖVP herangetreten und habe ihre Erwartung deutlich gemacht, daß die Volkspartei für das Volksbegehren der „Aktion Leben“ eintrete, gleichzeitig habe man jedoch von kirchlicher Seite der SPÖ klargemacht, daß diese Frage keinen „Kriegsgrund“ darstelle. Dieses Verhalten verschiedener kirchlicher Funktionäre lasse den Vorwurf der Doppelstrategie der Kirche als berechtigt erscheinen. Im Parlamentsklub der ÖVP seien gegen dieses Verhalten der Kirche Stimmen laut geworden, und diese müsse man nun artikulieren.

Tatsächlich waren der Pressekonferenz des Klubobmannes Koren Sturmszenen im Parlamentsklub der ÖVP vorausgegangen, als bekannt wurde, daß am gleichen Tag Vertreter der „Aktion Leben“ im ÖVP-Klub vorsprachen, um die Volkspartei auf Festigkeit einzuschwören, während beim SPÖ-Klubobmann *Heinz Fischer* der Leiter der Katholischen Sozialakademie erschien, der in einer privaten Initiative den sozialistischen Politiker wenigstens zu einigen Milderungen des Fristenlösungs-Modells veranlassen wollte. Dabei soll der Satz gefallen sein, die Kirche wolle keinen Konflikt – nur die Fristenlösung stehe diesem Bemühen um Frieden entgegen. Den SPÖ-Politiker interessierte aus naheliegenden Gründen vor allem der erste Teil dieses Satzes, und er versuchte, sich in einem Telefongespräch mit dem Chefredakteur der Katholischen Nachrichtenagentur „kathpress“ in Wien noch näher zu vergewissern, worauf er die Auskunft erhielt, daß die Kir-

che sicher keinen „Krieg“ wolle. Wer sollte auf eine solche Frage auch so einfach das Gegenteil behaupten? Daraufhin wandte sich Fischer als SPÖ-Klubobmann an seinen Kollegen Koren von der ÖVP-Fraktion und schlug ihm einen gemeinsamen Ausschußbericht von SP und VP für die entscheidende Parlamentssitzung über die Fristenlösung vor. Koren, der eben von Vertretern der „Aktion Leben“ auf einen festen Standpunkt eingeschworen worden war, mußte begreiflicherweise in Erregung geraten.

In Balkenlettern berichtete die ÖVP-Presse von diesem „Doppelspiel der Kirche“. ÖVP-Generalsekretär *Sixtus Lanner* vertrat die Meinung, die Kirche solle in Grundsatzfragen deutlicher als bisher die Meinung sagen, und selbst VP-Bundesparteiobmann *Josef Taus* meldete sich zu Wort. Das Unbehagen mancher VP-Politiker an der Kirche sei darin zu suchen, konstatierte Taus, daß sich die Frontstellung Kirche – SPÖ verhärtet habe, daß aber einzelne kirchliche Stimmen dem nicht Rechnung tragen. In einem Artikel der angesehenen „Salzburger Nachrichten“ hieß es, die Kirche in Österreich sei in ihrer politischen Absenz so weit gegangen, daß sie gesellschaftspolitisch weitgehend versäumt habe, Stellung zu beziehen: „Tatsache ist, daß die Kirche in unserem Staat politisch wie gesellschaftlich keine Rolle mehr spielt. Versucht man, einen Stellenwert zu errechnen, so beginnt er rechts vom Komma.“ Die Kritik sprang auch auf den kirchlichen Bereich über. So mahnte das Salzburger Diözesanblatt die Kirche, aus der „Phase dauernden Reagierens herauszukommen“. Es werde unbedingt notwendig sein, daß „die Kirchenführung für die Katholiken gesellschaftspolitische Grundsätze artikuliert“.

Wirbel um ein Interview

Damit ist zum erstenmal seit 1945 der politische Kurs der Kirche in Österreich grundsätzlich in Frage gestellt. Der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, versuchte anfangs mit der Feststellung zu beschwichtigen, daß die Kirche sich stets jeglicher Parteipolitik enthalten habe, ein Priesterkreis in Wien warnte vor einer „Neuaufgabe des politischen Katholizismus“. Der Grazer Bischof *Johann Weber* meinte, die Kirche sei weder mit einer Partei verheiratet noch von einer anderen geschieden. Er werde sich mit einer Denkweise nicht abfinden, nach der alles danach gewogen wird, was für die eine oder andere Partei „herausschaut“. Schließlich meldeten sich die Salzburger Bischöfe: Erzbischof *Karl Berg* und Weihbischof *Jakob Mayr* erklärten, sie seien solidarisch mit dem österreichischen Episkopat; in keiner Weise hätten sie den Salzburger Landeshauptmann zur Kritik an Kardinal König „inspiriert“, wie verschiedentlich vermutet worden war.

Inmitten dieser gespannten Situation trat Kardinal König in einem Fernseh-Interview die Flucht nach vorn an. Auf die Frage, welche Partei der Kirche näher stehe, sagte der Kardinal wörtlich: „Zur Zeit, wie die Situation in Öster-

reich so ist, steht die ÖVP, die sich zum christlichen Menschenbild bekennt, grundsätzlich und prinzipiell der Kirche näher als die sozialistische Partei, die ihr Programm auf einem allgemeinen Humanismus aufbaut. Dabei wissen wir auch, daß es in der SPÖ praktizierende Katholiken gibt und in der ÖVP Katholiken, die nur dem Namen nach der Kirche angehören.“ Auf die Frage, ob der Katholik also eher die ÖVP wählen sollte, sagte Kardinal König: „Der praktizierende Katholik wird, wenn er im öffentlichen Leben seine christliche Weltanschauung durchsetzen will, so wie die Dinge jetzt liegen, in der ÖVP mehr Chancen haben als in der SPÖ.“ Und wo er sich eher hinbekennt soll? „Ja, das muß er selber wissen.“ Da sagt die Kirche nichts? Der Kardinal: „Nein.“

Dieses Fernseh-Interview mit der Passage, daß die ÖVP der Kirche näher stehe, wurde von der gerade in Salzburg tagenden Bundesparteileitung der ÖVP mit fast frenetischer Zustimmung begrüßt. Die Stimmung gab die Schlagzeile einer Salzburger Zeitung mit den Worten „Volkspartei erzwingt Klarstellung der Kirche“ treffend wieder. VP-Generalsekretär Lanner sagte, der Kardinal habe „einiges eingesehen“. Durch häufigere Gespräche auf verschiedenen Ebenen müßten nun in Zukunft ähnliche Mißverständnisse verhindert werden.

Andererseits kam es zu Protesten von sozialistischer Seite. Nachdem es in den ersten Tagen der Auseinandersetzung zwischen ÖVP und Kirche zu Wortmeldungen sozialistischer Politiker gekommen war, die glaubten, die Kirche „gegen die unverschämten Attacken der ÖVP“ in Schutz nehmen zu müssen, sprach nunmehr der Tiroler SP-Landesparteiobmann *Herbert Salcher*, der prominenteste praktizierende Katholik in der Regierungspartei, dem Kardinal das Recht ab, für die Kirche zu sprechen. Salcher berief sich auf den Kirchenbegriff des Zweiten Vatikanums und meinte, hätte der Kardinal wirklich für die Kirche gesprochen, wäre dies „ein arger Affront gegen Hunderttausende Katholiken Österreichs, die die SPÖ unterstützen“. Bundeskanzler und SP-Parteiobmann *Bruno Kreisky*, von einer Auslandsreise nach Österreich zurückkommend, erging sich in undeutlicheren Warnungen an die Adresse der Kirche und betonte, die SPÖ dürfe von der Kirche nicht diskriminiert werden.

Bisher zu introvertiert

Damit war eine Episode beendet, die durch ihren spektakulären Charakter den inhaltlichen Aspekt der parlamentarischen Entscheidung zugunsten der Fristenlösung fast verdeckte und die einer gewissen Ironie nicht entbehrte, entstand doch am Höhepunkt des Konflikts zwischen SPÖ und Kirche der Eindruck, daß die Beziehungen zwischen Kirche und ÖVP noch viel gespannter seien. Insgesamt aber deuten alle diese Auseinandersetzungen, so vordergründig-taktisch sie im einzelnen gemeint sein mögen, auf eines hin: Das österreichische Modell der strikten Überparteilichkeit verschont die Kirche keineswegs vor Konflikten mit Parteien. Diese wird im Gegenteil immer

häufiger in derartige Konflikte hineingezogen, die ihrer Glaubwürdigkeit nicht gerade förderlich sind und die zu dem fatalen Schluß dieser oder jener politischen Gruppe verleiten könnten, man müsse die Kirche nur hart genug attackieren, um Pluspunkte in Form begütigender Erklärungen zu erhalten. Damit wird die Ausgesetztheit der Kirche in einer pluralen Gesellschaft am praktischen Beispiel deutlich. Andererseits zeigte das Engagement, mit der diese Auseinandersetzung geführt wurde, daß der Befund, der gesellschaftspolitische Stellenwert der Kirche in Österreich sei rechts vom Komma anzusetzen, übertrieben und allzu pessimistisch ist.

Richtig ist aber wohl die Diagnose, daß die Kirche in den Jahren seit dem Konzil allzusehr mit sich selbst beschäftigt war. Der häufige Gebrauch der Vokabel „Weltdienst der Christen“ täuschte darüber hinweg, daß die Kirche sehr wenig nach außen hin wirkte und sich allzu selten zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen vom Grundsätzlichen her äußerte. So ist z.B. die christliche Soziallehre kaum weiterentwickelt worden, der gesellschaftliche Umbruch der letzten Jahre wurde weder theoretisch noch praktisch aufgearbeitet, und in gewissem Sinn befindet sich die Kirche in der Gefahr, sich allmählich und relativ unbemerkt in eine politische Abseits-Situation hineinzu-begeben. In Österreich kommt als spezifisches Merkmal hinzu, daß die Amtsträger der Kirche in der zweiten Republik mit besonderer Sorgfalt bedacht waren, jede parteipolitische Bevorzugung zu unterlassen. Diese Strategie führte zu einem Klima, das für pastorale Bemühungen aller Art günstig war, obwohl längst nicht alle Möglichkeiten in dieser Richtung systematisch genützt wurden, und andererseits dieser Kurs politischer Selbstverleugnung nicht immer das erhoffte Verständnis fand.

Gerade im Fußvolk der ÖVP, in dem sich nach wie vor die Masse der praktizierenden Katholiken zusammenfindet, entstand unter dem Eindruck dieser strikten Überparteilichkeit der Kirche ein dumpfes, meist unartikulierte Unbehagen, das schon viele Jahre zurückreicht. Das Gefühl, von der offiziellen Kirche „verlassen“ zu sein, das tiefe Mißtrauen gegenüber jedem Versuch der Kirche, mit Sozialisten ins Gespräch zu kommen, die unzulängliche Verankerung des konziliaren Kirchenverständnisses bei breiten katholischen Schichten, die vor allem in der ÖVP ihre politische Heimat haben – das alles kam jetzt durch einen relativ nichtigen Anlaß zutage. Und die so laute Kritik an der Kirche mag auch die Unsicherheit dieses oder jenes Parteifunktionärs in der Frage nach der Christlichkeit der ÖVP überdecken, die keineswegs ausdiskutiert ist. In den obersten Rängen der VP-Hierarchie hat man sich in diesen Tagen auch in schmerzlicher Weise des Jahres 1967 erinnert, als während der ÖVP-Alleinregierung der damalige Justizminister *Klecatsky* daranging, die große Strafrechtsreform durchzuziehen, bis die Bischöfe intern ihr Veto gegen die in diesem Zusammenhang beabsichtigte Indikationenlösung einlegten. Die Volkspartei verzichtete daraufhin, die Strafrechtsreform durchzusetzen, die dann die SPÖ unter sozialistischen Vorzeichen verwirklichte.

Gezielte Antworten werden notwendig

Die Kritik der ÖVP, die in anderen Bereichen eher diffus wirkt, ist in diesem Punkt am stichhaltigsten. Sie verweist auf das Dilemma der Hierarchie, in einem Fall zu viel gerechnet und eingegriffen zu haben, und im anderen Fall den Vorwurf hinnehmen zu müssen, daß sie die Zügel schleifen lasse. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn im Zusammenhang mit der komplexen Materie der Vorschlag geäußert wurde, man möge doch überprüfen, wer für die Kirche in grundsätzlichen politischen Fragen sprechen könne und solle, ob es wirklich so vorteilhaft ist, wenn immer wieder die Bischöfe zu derartigen Stellungnahmen herausgefordert werden. So kam es u. a. zur Anregung, man möge in Österreich ein „Nationalkomitee der Katholiken“ gründen, das von Diözesanräten und ähnlichen Gremien besetzt werden soll, um für befugte und verbindliche Aussagen legitimiert zu sein. Das „Zentralkomitee deut-

scher Katholiken“ hat dabei eine gewisse Beispielswirkung, obwohl alle Beteiligten bereits feststellten, ein solches österreichisches Gremium müsse einen ganz anderen Aufbau und eine völlig verschiedene Struktur aufweisen, da der Verbandskatholizismus in Österreich anders gegliedert ist, und andererseits eine Beschränkung auf den Verbandskatholizismus eine zu enge Basis ergebe.

So bedeutsam diese Frage ist: sie deckt nur einen Teilbereich ab. Insgesamt steht die Kirche in Österreich (und sicher nicht nur hier) vor der Herausforderung, ihre gesellschaftsgestaltende Kraft mit neuen Methoden besser und verständlicher wahrzunehmen, ohne sich in die Parteilaster der Vergangenheit einpassen zu lassen. Und das Verlangen, die Kirche möge doch endlich aus der Phase des bloßen Reagierens herausfinden, ist zu breit geworden, als daß man es bagatellisieren könnte. Gezielte Überlegungen dieser Art in Richtung Zukunft sind unerlässlich.

Fritz Csoklich

Interview

Entwicklungspolitik kontrovers

Gespräche mit Jürgen Gerhard Todenhöfer (CDU/CSU) und Uwe Holtz (SPD)

Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe sind nach wie vor keine Themen, die in der Bevölkerung auf erhöhte Aufmerksamkeit oder gar verständnisvolles Interesse stoßen. Der entwicklungspolitische Schlagabtausch zwischen den Experten bzw. engagierten Kreisen der politischen Parteien dagegen hat in letzter Zeit stark zugenommen. Wir wollten deshalb von Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer, dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, und von Dr. Uwe Holtz, dem entwicklungspoli-

tischen Sprecher der SPD-Fraktion, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, Einzelheiten über die Position der Parteien besonders hinsichtlich der gegenwärtig von den Entwicklungsländern geforderten „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ und der für die Bundesrepublik damit verbundenen Konsequenzen – nicht zuletzt bei Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation mit privaten Trägern – erfahren. Gesprächspartner war Norbert Sommer.

Marktwirtschaft als Alternative zur Planwirtschaft

HK: Herr Dr. Todenhöfer, Sie sind als entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in der letzten Zeit häufiger an die Öffentlichkeit getreten mit oft herber Kritik an der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Kann man davon ausgehen, daß das Echo Ihrer Aktivitäten in der Presse dem wirklichen Stellenwert der Entwicklungspolitik in der CDU/CSU entspricht?

Todenhöfer: Der Stellenwert der Entwicklungspolitik im weitesten Sinne ist in der CDU/CSU in den letzten vier Jahren ganz entscheidend gestiegen. Das zeigt u. a. das sehr

große Interesse der anderen Kollegen in der Fraktion und die Tatsache, daß auch andere Ausschüsse sich verstärkt mit entwicklungspolitischen Themen zu befassen beginnen.

HK: Die entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU waren ja insofern etwas Neues, als erstmals eine Partei überhaupt so etwas verabschiedet hat. Kann man davon ausgehen, daß das entwicklungspolitische Konzept von der Basis der CDU zur Kenntnis genommen worden ist und dort auch akzeptiert wird?